

Wie eine Boje in den Wortfluten

Nicht für das Schreiben, für das Lesen lernen wir. Es erscheint in der neuerlichen Rechtschreib-Debatte nicht ganz unwichtig, noch einmal auf die Haupt- und Nebensachen bei der Orthographie hinzuweisen.

Von Gustav Seibt

Der Beschluß großer publizistischer Verlage, darunter der Süddeutschen Zeitung, sich von den Bestimmungen der umstrittenen Rechtschreibreform des Jahres 1998 wieder zu lösen, hat eine neue leidenschaftliche Diskussion entfacht. Ein ruhiges Sortieren der Argumente scheint dringlich, damit die mühselige Materie nicht unrettbar in einem Wust von Emotionen, Pedanterien und politischen Kalkülen versinkt.

Zwangsläufig mußte die spektakuläre Ankündigung der Verlage zunächst jene Kohorten von Besserwissern auf den Plan rufen, die am liebsten mit Fallbeispielen um sich werfen: Da hat die eine Seite die auffällige (wenn auch nicht unbegreifliche) Inkonsequenz zwischen "radfahren" und "Auto fahren"; die andere beharrt auf dem Unterschied von "frisch gebackenen Brötchen" und dem "frischgebackenen KfZ-Meister". Diese Staubwolke von Einzelheiten wiederum läßt eine dritte Partei müde genervt abwinken: Sie findet das fortgesetzte Fiepen der Schulfüchse ermüdend, typisch deutsch und zwangsneurotisch, erkennt allerorten "wichtigere" Probleme, und verwandelt den Zwist gern in einen Widerstreit von Zurückgebliebenen und Fortschrittsfreunden, von Starsinn und Flexibilität. Die Parallele zu anderen Reformdebatten in der Gesellschaft läßt die Kritiker der Neuregelungen wie Ewig-Gestrige dastehen, die so kompromißlos am Status quo festhalten wie ver.di am Flächentarifvertrag.

Daraus erwächst dann fast zwangsläufig ein staatspolitisches Argument: Der Beschluß zur Reform sei formal korrekt zustande gekommen, und es dürfe nicht sein, daß ein paar, wie immer mächtige, Verlage nun der Nation die Rechtschreibregeln diktieren. Dieser Gemeinwohlg Gesichtspunkt wird zusätzlich gern noch mit einem Schuß pädagogisch-humanitären Salböl versetzt: Chaos drohe für die Kinder, die seit mehreren Jahren "problemlos" eine dankenswert vereinfachte Rechtschreibung (vor allem entschlackte Kommaregelungen) erlernten. Schafft Rechtschreibsicherheit für unsere Kleinen!

All diese Gesichtspunkte haben ihr Körnchen Wahrheit, und trotzdem ist der hier skizzierte Verlauf der Debatte ein Unglück. Sicher, Pedanterie quält; gewiß, Hartz IV ist dramatischer als eine Kommaregel; ja, ein paar Verlagsvertreter sind eine Spur zu pompös aufgetreten; und ohne Zweifel befinden sich die Schulen in einer unkomfortablen Lage, bis der Streit endgültig beigelegt ist. Trotzdem sind all das in der Sache Nebengesichtspunkte, denn bei der Rechtschreibung geht es im Kern nicht um Meinungen, Kompromisse und Gruppeninteressen, sondern um eine Praktikabilität, deren Kriterium nicht die Einfachheit der Sprache, sondern ihr Reichtum und ihre Komplexität sind. Unmißverständlich gesagt: Die Rechtschreibregeln sollten es den ABC-Schützen selbstverständlich so leicht wie möglich machen, das schriftliche Deutsch zu erlernen; gleichwohl hat eine Sprachgemeinschaft auch noch andere und höhere Zwecke, als Berufsanfängern das tadellose Abfassen von Bewerbungsschreiben zu ermöglichen.

Die Rechtschreibung muß ebenso dafür geeignet bleiben, die Höchstleistungen einer Sprachtradition - im Deutschen beispielsweise Kants "Kritik der reinen Vernunft", die Novellen von Kleist oder Schlegelmachers Platon-Übersetzungen, aber auch den Satzbau Thomas Manns -

für immer neue Verwendung präsent zu halten. Orthographie sichert immer auch den Zusammenhang einer Kultur. Wenn dies nicht mehr möglich ist, dann beginnt, nicht nur an den Schulen, das eigentliche Chaos: Dann muß man nämlich bei älteren oder besonders komplexen Texten auf historisch wechselnde Schreibweisen zurückgreifen und das Band der Tradition, das Heute und Gestern verbindet, ungebührlich lockern.

Es geht nicht um einfach und liberal auf der einen Seite und pedantisch und kompliziert auf der anderen. Der Streit um die Rechtschreibung ist einer um richtig oder falsch, gemessen an einem Höchstmaß sprachlicher Möglichkeiten. Wem das zu anspruchsvoll klingt, der mache sich klar: Leichtfertige Ermäßigung von Ansprüchen schadet am Ende immer am meisten jenen, denen Bildung nicht durch soziale Herkunft frühzeitig und fast selbstverständlich zugänglich ist. Sie zementiert bildungssoziologische Klassenbarrieren, die nirgendwo so hoch liegen wie in Deutschland.

Die neue Zeichensetzung mag ganz am Anfang etwas leichter zu erlernen sein als die alte; doch wer diese (alte) in ihrer reichen Artikuliertheit einmal verinnerlicht hat, der hat mehr gelernt als nur Kommaeregeln: Er hat einen tiefen Einblick in die Gesetze des Satzbaus, und damit nicht nur der deutschen Syntax, getan. Er wird sich beim Erwerb von Fremdsprachen und beim logischen Denken leichter tun. Die Erleichterung am Anfang wird erkaufte mit einer Erschwerung bei allem späteren Spracherwerb.

Dazu kommt ein anderer Gesichtspunkt. Die Verteidiger der Reform argumentieren fast ausschließlich vom Schreiben und vom Schreibenlernen aus. Aber in unserem gesamten Leben lesen wir gewiß zehn Mal oder oft sogar hundert Mal mehr als wir schreiben. Rechtschreibung und Interpunktion haben den Hauptzweck, das Lesen zu unterstützen. Das ist der eigentliche Sinn der Normierung, vor allem des Grundsatzes, Wörter, die wir alle ein wenig anders aussprechen, gleich zu schreiben; sonst nämlich müßten wir immer von neuem buchstabieren.

Müheloses Lesen beruht auf hochautomatisierten Wiedererkennungsprozessen; wir surfen mit den Blicken über die Seiten, halten uns fest an großen und kleinen Lettern, vertrauten Buchstabengruppen, den Taktstrichen der Kommata und, ja, auch dem ß im alten "daß". Wie eine Boje mit Fähnchen schwimmt es in den Wortfluten und verkündet: "Achtung Nebensatz!" Daß die deutsche Sprache mit ihrem schier grenzenlos variierbaren Satzbau sich ein paar Besonderheiten wie die Großschreibung der Substantive zugelegt hat, ist das Resultat einer generationenlangen, höchst vernünftigen Entwicklung.

Das Kriterium der Angemessenheit einer Orthographie - verstanden als Regelwerk, welches den Reichtum der Sprache nicht verleugnet, sondern ihn so leicht wie möglich handzuhaben erlaubt -, liegt ungefähr gleich weit weg von der Kasuistik der Pedanten wie von jener Politiker-Nonchalance, die sagt: Gegessen wird jetzt, was auf den Tisch kommt, denn wir haben es so beschlossen. Denn allerdings ist die Feststellung solcher Angemessenheit eine Frage von Besonnenheit und Urteilskraft, aber gewiß kein Feld für politische Kompromisse oder für publizistische Machtproben.

Keine Kultusministerkonferenz ist legitimiert, uns eine Orthographie zu verordnen, bei der Kleist und das Bundesgesetzblatt zweierlei Schreibung benötigen. Die Politik hat sich ihre Bredouille - daß sie sich nach sechs Jahren immer noch mit dem leidigen Thema herumschlagen muß - ganz allein selbst zuzuschreiben. Denn es waren die Kultusministerkonferenz und die Zwischenstaatliche Kommission, die von Anfang an das sachliche Gespräch verweigert haben (jüngst noch durch die zynische Nichtbeachtung der Vorschläge der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung). Was manchen wie ein Machtwort der Verlage vorkommt, ist

nur das Echo auf die stumpfe Unansprechbarkeit des bürokratischen Apparats, der die Reform durchgepaukt hat - gegen alle längst vor den Entscheidungen geäußerten wohlbegründeten Einwände.

Eine für alle Seiten akzeptable Lösung wird man nur finden, wenn man den ganzen politisch-pseudopädagogischen Summs des neu aufgeflamnten Streits wegläßt, und sich auf die sprachlich-sachlichen Kernpunkte konzentriert. Es müßte einmal auch ohne das gehen, was Nietzsche "Moralschleim" nannte. Ein hundertprozentiges Zurückgehen zum Duden von 1991 muß also gar nicht sein. Harmonisierungen wie die zwischen rad- und autofahren sind selbstverständlich ebenso unbedenklich wie eine konsistentere Groß- und Kleinschreibung. Und was liegt an der Frage, ob "Schiffahrt" mit drei f geschrieben werden soll? Herzlich wenig.

Inakzeptabel bleiben, trotz allen Herumdokterns, die neuen Regeln zur Getrennschreibung, denn sie bedeuten einen absurden Angriff auf den deutschen Wortschatz. Wer keine "Schwerbehinderten" kennt, ist schon beim Abfassen eines Schwerbehindertengesetzes schwer behindert. Und zurückkehren sollte der Großteil der lesefreundlichen Interpunktion, diese kluge Visualisierung von Satzstruktur und Gedankenrhythmus.

Jahrelang hat die Zwischenstaatliche Kommission die Rechtschreibung wie eine Verschlusssache behandelt, und der Kultusministerkonferenz war sie eine lästige Nebensache. Deshalb mußte sie jetzt noch einmal zum Streitfall für die Öffentlichkeit werden. Das aber wäre ohne den Aufstand der Verlage nicht gelungen.

Artikel erschienen in Süddeutsche online am 18. August 2004